



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Menenius: Frankreich und Deutschland

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Frankreich und Deutschland



öse Zungen haben behauptet, die französische Kammer habe den Versailler Friedensvertrag nur deshalb so ausführlich besprochen, weil sie die Wahlen hinauschieben und für dies Jahr womöglich sabotieren wollte und auch Clemenceau, der einmal bis hart an die Grenze des Erträglichen deutlich geworden ist, scheint diese Annahme geteilt zu haben. Zu verstehen wäre diese Bestrebung vom Standpunkt der Kammer recht wohl, parlamentarisch angesehen sind die neuen Wahlen infolge der Anwendung des neuen Wahlgesetzes, das alle Grundlagen, auch die finanziellen, des bisherigen Systems verändert, ein Sprung ins Dunkle und es bedarf des ganzen Selbstvertrauens der Regierung, oder genauer gesagt, des noch immer unbestrittenen Diktators Clemenceau, diesen Sprung mit allem Nachdruck zu betreiben.

Auch ist man sich sowohl inner- wie außerhalb des Parlaments von Anfang an darüber klar gewesen, daß die Diskussion über den Friedensvertrag, da es völlig ausgeschlossen war, noch irgend etwas ändern zu wollen, lediglich akademischen Wert besaß. Dennoch ist diese Diskussion auch für uns nicht uninteressant, nicht nur, weil sie einen Teil der Kräfte die hinter Clemenceau standen, hervortreten, sondern auch weil sie vermuten läßt, wie sich das künftige Parlament zu dem Friedensvertrag und damit zu Deutschland einstellen wird. Denn — das darf nicht übersehen werden — innerpolitisch hatte die Diskussion diesen akademischen Charakter nicht durchweg und ein Teil der Auslassungen war nichts anderes als Wahlreden.

Gegen zwei Punkte vornehmlich hat sich die Opposition gerichtet: gegen Clemenceaus selbständiges Vorgehen, die Ausschaltung des Parlaments und gegen die ungenügenden Sicherheiten, die der Vertrag für Frankreich bot. Der erste Punkt wurde durch Clemenceau leicht entkräftet durch den Hinweis auf die französische Verfassung, die eine Mitwirkung des Parlaments verbiete, auf die reichliche Hinzuziehung von Sachverständigen und auf die unvermeidlich entstehenden diplomatischen Schwierigkeiten, die eine öffentliche Diskussion der Vertragsbestimmungen mit sich gebracht hätte. Der zweite Punkt, in dem Clemenceaus Ansicht, daß Frankreich sich der Rheingrenze zuliebe nicht von England und Amerika isolieren dürste, und die der meisten Parlamentarier, die die eigene Sicherung ungewissen Bündnissen vorziehen, einander schroff gegenüberstanden, verdient ausführliche Würdigung.

Es mutet den Deutschen, der von dem Versailler als von einem Vergewaltigungsfrieden spricht, gewiß seltsam an, wenn er hört, daß die Franzosen ihn noch immer als zu milde empfinden. Wir wissen, daß dieser Friede uns auf Jahrzehnte hinaus Licht und Lust zum Leben raubt und daß wir es wissen und nicht nur so tun, als wüßten wir es, um die Feinde zur Nachgiebigkeit zu zwingen, beweisen unter anderem die panikartige Kapitalflucht und die jetzt schon beträchtliche Auswanderung, die sich während des harten uns noch bevorstehenden Winters und der dann mit voller Wucht einsetzenden Anforderungen zur Erfüllung des Vertrages noch erheblich verstärken wird. Aber die Franzosen fühlen sich nach wie vor bedroht und ballen insgeheim die Faust gegen die „Angelsachsen“, die, nur an ihre eigenen Vorteile denkend, den am schwersten verwundeten Bundesgenossen im Stich und ohne genügende Sicherheit für die Zukunft hätten dastehen lassen. Wir wissen, daß bei uns außer einigen Phantasten und ein paar Parteiflüglern kein Mensch ernsthaft an einen Revanchekrieg gegen Frankreich denken kann, wir haben gelernt, daß die Zeiten militärischer Überraschungsmöglichkeiten vorbei sind, aber in Frankreich hält man sich täglich die Enthüllungen der „Freiheit“ unter die Augen und diskutiert ganz ernsthaft darüber, ob der Reichswehrminister zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Inneren 100 000 oder 200 000 Mann Reichswehr braucht. Man macht sich die Köpfe damit heiß, auszumalen, was entstehen könnte, wenn die Truppen aus dem Baltikum nach Deutschland zurückkehrten, durch die entlassenen kriegsgebienten Gefangenen verstärkt würden,

und weist immer wieder darauf hin, daß Deutschland noch auf Jahre hinaus über Millionen ausgebildeter Mannschaften verfügt. Man fürchtet, immer von der „Freiheit“ bestärkt, daß die Einwohnerwehren oder die Polizeitruppe neue Vorschulen für den Heeresdienst werden könnten, die dann sofort in die durch die Reichswehr vorbereiteten Kadres einspringen könnte. Und immer, so folgert man, wird Frankreich den ersten Stoß auszuhalten haben. Es liegt hier, völkerpsychologisch, ein Tick vor, der den Franzosen nicht auszureden ist und jetzt erst kann man ermessen, in welchem Grade der deutsche Vormarsch von 1914 das Land erschreckt haben muß. Völkerpsychologisch ist aber noch ein anderer Punkt lehrreich. Die Parlamentsdebatte beweist nämlich, wie selbst auf gebildete Menschen einfache, leicht faßliche Formulierungen einen unvergleichlich stärkeren Eindruck machen, als komplizierte. Das wirklich Erdrückende des Vertrages: die finanziellen und wirtschaftlichen Bestimmungen ist niemandem wirklich eingegangen, kann nur von ganz wenigen Sachverständigen klar durchdacht und erfasst werden. Die politische Konzeption des Durchschnittsmenschen, über den ja auch die meisten Parlamentarier nicht hinausragen, kommt über das Geographische nicht weg. Alle Propaganda arbeitet mit Landkarten. Zoll- und Ausfuhrbestimmungen, Schuldentilgung und Internationalisierung von Schiffahrtsstraßen sind für die meisten Menschen böhmische Dörfer, aber die Rheingrenze, das ist etwas, was auch dem dümmsten Muschkoten eingeht. So und so viel Land abgenommen, das rührt tief versteckte Kräfte des soldatenspielenden Knaben, des landgierigen Bauernabkömmlings auf, ein Fluß als Grenze scheint eine unverrückbare Tatsache. Grenze scheint hier mit Ewiggesetzlichem zusammenzufallen. Es ist nicht wahr, daß der Rhein strategisch eine zuverlässige Grenze bildet, die Geschichte beweist das Gegenteil, aber die Rheingrenze ist ein französisches Nationalideal und der Franzose wird es nie verwinden, daß es ihm mit all den schweren Opfern dieses Krieges nicht gelang, dieses Ideal zur Wirklichkeit zu machen, an dem nicht nur der einfache holzgeschnitzte Bestand der Militärs, sondern das ganze Volk hängt und es ist bezeichnend genug, daß kein französischer Sozialist es gewagt hat, gegen die Vergewaltigung deutscher Rheinländer oder auch nur der verzweifelt sich wehrenden Elsaß-Lothringer durch das französische Militärregiment, dem das belgische fleißig zur Hand geht, ernsthaft und nachdrücklich Einspruch zu erheben. Die Franzosen, die ins Elsaß einrückten, fielen aus allen Wolken, als sie überall deutsch reden hörten, sie werden sich auch durch die Tatsache nicht von der festeingewurzelten Überzeugung abbringen lassen, daß auf dem linken Rheinufer reine Franzosen sitzen und wo es gar nicht anders geht, wie im Rheinland, hilft man sich mindestens mit der Annahme, daß das im Grunde stammverwandte Kelten seien, die nur mit Gewalt verpreußt worden seien. Maurice Barès war im Rheinland als Dr. Dorten seinen ersten Loslösungsversuch machte, und seiner großen Kammerrede über die künftige Rheinpolitik Frankreichs merkt man deutlich die erstaunte Enttäuschung an, daß dieser Versuch so völlig scheitern konnte. Er weiß natürlich recht gut, daß die Rheinländer keine Franzosen sind. Sprach das auch offen aus und behauptete lediglich, das Rheinland müßte ein Vermittlungsglied, eine Art kultureller Pufferstaat werden, aber Gefühl, Wunsch und Phantasie werden doch sowohl ihn wie seine Landsleute stets überreden, daß eigentlich und im Grunde genommen alles was linksrheinisch ist, französisch ist oder sein müßte.

Dieser Punkt bedarf unserer höchsten Aufmerksamkeit. Die Franzosen werden alles tun, um die jetzt von ihnen besetzt gehaltenen Gebiete behalten zu können und die von unserer Seite bei allem guten Willen unvermeidlichen Verstöße gegen die pünktliche Ausführung des Friedensvertrages werden ihnen stets neuen Anlaß zu zeitlicher Ausdehnung ihrer „Sicherheiten“ geben. Daß sie die Besetzungszone noch erweitern, ist nicht anzunehmen, aber eben so wenig, daß sie nach fünf Jahren tatsächlich mit der Räumung beginnen werden. Die jüngsten Ereignisse der Weltgeschichte haben uns hinreichend darüber belehrt, wie bald eine „Volks“-bewegung zugunsten einer Selbständigkeit oder Angliederung geschaffen ist und sobald erst wirtschaftliche Bindungen eingetreten oder festgeworden sind, sind Veränderungen der politischen Verhältnisse immer mit Schwierigkeiten verbunden. Wir

werden es im Saargebiet erleben. Nicht umsonst ist in der französischen Kammer immer aufs neue wiederholt worden: der Friedensvertrag wird sein, was wir aus ihm zu machen verstehen. Für die Franzosen ist der Vertrag das Schwert, das Deutschland auch nach Friedensschluß dauernd am Boden hält. Man täusche sich in Deutschland darüber nicht und gebe sich nicht etwa der Hoffnung hin, daß Amerika oder England eine zu weitgehende Schwächung Deutschlands, namentlich in wirtschaftlicher Beziehung, nicht zulassen werden. Amerika hat vorläufig höchstens ein Interesse daran, daß Ruhe in Europa herrscht, man hat in tiefem und leise angeekeltem Erstaunen festgestellt, daß diese kleinen Völker jenseits des großen Wassers nicht imstande sind, trotz gemeinsamer europäisch-wirtschaftlicher Nothe friedlich nebeneinander zu leben, daß Ruhe anscheinend nur dadurch möglich ist, daß ein Staat den andern unerbittlich und wachsam niederhält, und dem Amerikaner ist es völlig gleichgültig, wer oben sitzt und wer unten liegt. Und was England betrifft, so hat es vorderhand mit soviel inneren Schwierigkeiten zu kämpfen, sieht durch die Kohlennot seine Exportmöglichkeiten derart in Frage gestellt und hat dann aber trotz der überall eindringenden amerikanischen Konkurrenz so viel neue Handelsmärkte zu versorgen, daß ein wirtschaftlich gesunder deutscher Markt für es lange nicht in dem Maße ins Gewicht fällt, wie etwa vor dem Kriege. Aus diesem Grunde würde heute auch niemand mehr danach fragen, wenn wir uns vollständig bolschewisieren und den Mächten den Friedensvertrag zerrissen vor die Füße würfen. Sogar die russischen Bolschewisten haben die Auslandsschulden des alten Regimes anerkannt, wir würden uns auch als Bolschewisten den durch den Friedensvertrag entstandenen Auslandsverpflichtungen nicht entziehen können, weil Deutschland nicht die Widerstandsmöglichkeiten Rußlands besitzt. Eine Rettung ist für uns nur möglich, wenn wir es fertig bringen, trotz der Friedensbedingungen wieder wirtschaftlich zu erstarren. Das ist eine Sache der inneren Kraft und Energie. Aller Anfang ist schwer, besonders der Wiederanfang nach solchem Ende. Ist es aber gelungen, so wird Frankreich von Jahr zu Jahr von unsern Zahlungen in erhöhtem Maße abhängig werden und das bedeutet wirtschaftliche Kraft für Deutschland. Wenn auch das Ausmaß der Entschädigungen nach 1870 gar nicht zu vergleichen ist mit den jetzt in Betracht kommenden Riesensummen, die Folgen jener Entschädigungskation und die Tatsache, daß Frankreich zehn Jahre nach dem Kriege wirtschaftlich unvergleichlich besser da stand als das siegreiche Deutschland, sollte nie ganz außer Betracht gelassen werden. Clemenceau hat es deutlich ausgesprochen: Ich fürchte die wirtschaftliche Eroberung durch Deutschland mehr als die militärische. Gelingt es uns, den Friedensvertrag auch nur zur Hälfte auszuführen, und die steuerscheuen Franzosen werden uns mit allen Mitteln dazu zu zwingen suchen, so wird die wirtschaftliche Eroberung Frankreichs ganz automatisch, es mag sich noch so sehr sperren, eintreten müssen. Die Nemesis in der Weltgeschichte ist keine philosophische Hypothese, sondern eine Tatsache.

Die rechtsstehenden Kreise in Frankreich haben am Friedensvertrag vor allem getadelt, daß er die deutsche Einheit anerkannt hat und bestehen läßt. Einzelne Politiker haben tatsächlich an die Möglichkeit gedacht, mit jedem einzelnen deutschen Bundesstaat einzeln zu verhandeln. Clemenceau hat diese Möglichkeit ins Reich der Phantasie verwiesen. Jedes Jahr, gestand er, bin ich beobachtend in Deutschland gewesen. (Wer von unsern führenden Politikern kann das von sich sagen? Wer von ihnen hört auch nur auf die wirklichen Kenner des Auslandes?) In Bayern konnte man viel auf Preußen schelten hören. Wenn aber die Rede auf Loslösung vom Reich kam, wurde alles still. Er hätte hinzufügen können: gerade die Härte des Friedensvertrages zwingt die Deutschen zusammen. Die Fabel von dem Mann mit den zwölf Eöhnen und dem Bündel Stäbe sollte über jedem Redaktionsstisch, in jedem Landtag, in jeder Volksversammlung ausgehängt werden. Besäßen die rheinischen Sonderbündler politischen Blick, sie würden nicht gerade den jetzigen Augenblick zur Verwirklichung ihrer Bestrebungen gewählt haben. Die einzige Möglichkeit zur politisch-ertragreichen Durchsetzung

ihrer Ziele wäre gegeben, wenn sie von den Franzosen die sofortige Zurückziehung der Besatzungstruppen zu erlangen vermöchten. Anders werden sie nur der aus dem Bündel gleitende Stab sein, der einzeln zerbrochen werden wird.

Noch ein Wort über die französischen Sozialisten. Es hat in Deutschland in manchen Kreisen unangenehm überrascht, daß sie den Antrag Desfèvre, der eine rigorose Entwaffnung Deutschlands forderte, mit aller Kraft unterstützten. Sie taten es, weil sie sich von einer Abrüstung Deutschlands die allgemeine Abrüstung versprochen. (Mit Unrecht, denn durch die von Deutschland gezahlten Entschädigungssummen können alle französischen Rüstungsausgaben für die nächsten Jahrzehnte gedeckt werden, ohne daß das Land viel davon merkt, besonders da es um eine umwälzende Finanzreform, die im nächsten Jahre einsetzen muß, doch nicht herumkommt). Sie taten es aber auch aus Wahlrücksichten. Die Wahlen werden unter der Parole: Niederhaltung Deutschlands gemacht werden. Wer diese Parole nicht unterschreibt, hat keinerlei Aussicht auf Erfolg. Auch die französischen Sozialisten sind überzeugt (und werden darin durch die Organe der Unabhängigen ständig bestärkt), daß bei uns die Reaktion am Werke ist und der Militarismus wieder das Haupt erhebt. Es ist ein Irrtum, wenn man bei uns annimmt, die französischen Sozialisten würden irgendeine Maßregel, die die Niederhaltung Deutschlands bezweckt, ernsthaft zu Fall bringen. Sie werden bestenfalls, um innerpolitische Konzessionen herauszuschlagen, dagegen opponieren, aber sofort schweigen oder sich, wie es während des Krieges geschehen ist, zersplittern, wenn diese Opposition Aussicht hätte, sich durchzusetzen. Das Mißtrauen gegen Deutschland lebt in jedem Franzosen bis auf weiteres, was wir auch tun und sagen können, fort und die Versicherung des sozialistischen Abgeordneten Albert Thomas, daß sich auch in Deutschland Anzeichen eines neuen Geistes bemerkbar gemacht haben, hat wenig Glauben gefunden. Vor allem aber dürfen wir nicht vergessen, daß als solche bessere Deutsche in Frankreich nur diejenigen gelten, die in merkwürdiger weltfremder Verkennung der Lehren der Friedenskonferenz nach Kräften dazu beigetragen haben, unsere nationale Stellung zu erschweren. Der Dentschriftenfälscher Eisner, Liebknecht, Maximilian Harden, das sind für die französischen Sozialisten die Vertreter jener „besseren“ Deutschen. Und man bilde sich ja nicht ein, daß unsere nationale Stellung verstärkt und die Achtung des Auslandes für den Deutschen durch international gehaltene Verbrüderungsreden erhöht oder nur gewonnen haben könnte. In allen Ländern haben vorderhand die national gerichteten Kreise absolut die Oberhand, auch in Italien, selbst in Rußland (siehe voriges Heft) und in Frankreich werden, wenn nicht alle Anzeichen täuschen, die Sozialisten bei den Wahlen eine katastrophale Niederlage erhalten, den nationalgesinnten Kreisen aber erscheint der Nationslose, gleichgültig nun, ob er über oder unter den Nationen steht oder zu stehen behauptet, als outcast, mit dem nicht zu verhandeln ist. Auch ein Regiment der Unabhängigen in Deutschland würde uns jenseits des Rheins keine Freunde erwecken, da ihre Aussichten dort täglich als gefährdet und staatsfeindlich gebrandmarkt werden. Gewiß sollten wir peinlich alles unterlassen, was herausfordernd wirken könnte, aber uns anzuschmeißen, wie das erst jüngst wieder von einem deutschen Schriftsteller geschehen ist, ist, abgesehen von einem bedauernswürdigen Mangel an Würde, das Törichteste, was wir tun können. Bis jetzt ist in Frankreich keinerlei Anzeichen vorhanden, daß ein solches Werben um Liebe und Veröhnung Erfolg haben könnte; es gibt von einer Gruppe politisch übrigens gänzlich einflussloser Schriftsteller ein veröhnlich gehaltenes Manifest, von dem wir dankbar Kenntnis genommen haben, aber solange wir keine Taten sehen, solange insbesondere die französischen Militärs in den besetzten Gebieten ihre Gemaltherrschaft fortsetzen dürfen, haben wir keinerlei Anlaß, in solchen Manifesten mehr als sympathische Schwärmereien zu sehen. Eine Annäherung kann nicht auf Grund von Manifestationen einzelner schriftstellerischer Cliques geschehen, sondern nur durch eine von beiden Seiten ausländig durchgeführte wirtschaftliche Zusammenarbeit. Daß diese kommen wird, dafür wird der ständige Fall des Franken mehr sorgen als alle Verbrüderungsmanifeste.

Menenius